

# Keine Casino-Einnahmen für die AHV

Die Zweckbindung der Casino-Einnahmen an die AHV wurde von den Landtagsabgeordneten gestern mit sieben Ja-Stimmen abgelehnt.

Einig waren sich die Landtagsabgeordneten gestern in einem Punkt: Die finanzielle Zukunft der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) muss abgesichert werden. Doch beim «wie» gingen die Meinungen teilweise weit auseinander. Dabei hätte sich die gestrige Diskussion um eine Möglichkeit, die allfällige Zweckbindung der Casino-Einnahmen, drehen sollen. Einige Abgeordnete der Vaterländischen Union (VU) hatten Ende Oktober eine entsprechende Motion eingereicht.

## Vor spontaner Verschwendung schützen

Die Zeichen für eine Überweisung der Motion standen gestern jedoch bereits vor Beginn der Diskussion schlecht. Die Abgeordneten hatten im November-Landtag anlässlich eines Postulats der VU bereits ausführlich über eine allfällige Zweckbindung diskutiert.

VU-Fraktionssprecher Günter Vogt ergriff als erster das Wort und ging auf die im November geäusserten Bedenken ein. So gebe es hierzulande bereits bestehende Zweckbindungen, wie die Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Zudem würde

Liechtenstein mit einer Zweckbindung von Casino-Einnahmen nicht alleine dastehen, in Österreich und auch der Schweiz bestünden solche Casinos einen wesentlichen und grossen Beitrag zum Gemeinwohl», führte er aus. Auch könnte der Export der Sozialleistungen – die AHV bezahlt 35 Prozent ins Ausland – dadurch teilweise kompensiert werden, da auch ein gewisser Teil der Casino-Einnahmen von Gästen aus dem benachbarten Ausland generiert werde. Mario Wohlwend (VU) unterstützte Vogt und erklärte: «Die demografische Zeitbombe tickt. Zudem hat sich die finanzielle Lage vieler Senioren in den letzten zehn Jahren verschlechtert.» Die Verwendung der finanziellen Mittel des Staates sollte im Sinne der Bevölkerung sein, so Wohlwend. «Bei den Ausgaben kann die Aufteilung für die Altersvorsorge nützlich sein. Damit wird ein festgelegter Betrag vor spontaner Verschwendung für kurzfristige Freuden geschützt.»

Gegen diese Voten stellte sich beispielsweise Susanne Eberle-Strub (FBP): «Die finanzielle Zukunft der AHV auf den



Günter Vogt (VU): «In der Schweiz leisten Casinos einen wesentlichen Beitrag zum Gemeinwohl.» Bild: D. Schwendener

Geldspielabgaben aufzubauen, widerstrebt mir.» Sie stellte sich die Frage, wer denn für die fehlenden Erträge aufkomme, wenn die Einnahmen aus den Spielbanken nicht mehr derart sprudelten. Der Staat wäre dann in der Pflicht, den Geldfluss aufrechtzuerhalten. Ebenso wenig von dem Vorschlag überzeugt zeigte sich Thomas Lageder (FL): «Die Zweckbindung ist wie ein Ablasshandel, dadurch wird die Glücksspielindustrie auf den Rang einer sozialen Institution angehoben.» Eine Erhöhung des Staatsbeitrages an die AHV erfordere keine

Zweckbindung, sondern ein entschlossenes Handeln der Abgeordneten. Harry Quaderer (DU) zog einen Vergleich mit einem römischen Kaiser, der eine Urinsteuer erhoben hatte. Dessen Sohn war damit nicht einverstanden, woraufhin der Kaiser entgegnete: «Hier, riech mal, das Geld stinkt nicht.» Der moralische Spagat der Abgeordneten verwunderte Quaderer.

Für Daniel Oehry (FBP) sei die Zweckbindung ein «Etikettenschwindel», man wolle etwas Schlechtes in etwas Gutes transformieren. Die Einnahmen aus den Spielbanken wür-

den sowieso im Topf der Landeskasse landen und somit bereits heute einen Beitrag leisten. Er fügte, wie zuvor Eberle-Strub, an, dass sich bereits ein Gutachten der Regierung in Bezug auf die Zukunft der AHV in Erarbeitung befände. Dieses wolle er abwarten, um dann daraus entsprechende Massnahmen abzuleiten.

## Nur Rentner aus Liechtenstein begünstigen

Einen neuen Vorschlag brachte hingegen Herbert Elkuch von der Neuen Fraktion (NF) ein. Er wollte, dass im Zuge einer allfälligen Beantwortung der Motion auch geprüft wird, ob eine festgelegte Summe aus der Landeskasse direkt den liechtensteinischen Rentnern zukommen könnte. Ein Drittel der Staatsbeiträge werde ins Ausland exportiert, das stelle seiner Meinung nach eine Benachteiligung der liechtensteinischen Bevölkerung dar. Dieser Antrag wurde in der Folge zwar von seinen Parteikollegen Thomas Rehak und Erich Hasler unterstützt, von den Motionären aber abgelehnt. Er weiche inhaltlich zu stark ab. Einige Abgeordnete, unter ih-

nen auch Wendelin Lampert (FBP), verwiesen darauf, dass es in Bezug auf die AHV schnellere Lösungen benötige. So betrug das Minus der AHV im vergangenen Jahr 131 Millionen Franken.

## Pedrazzini: Es sind Massnahmen notwendig

Nach fast zweistündiger Diskussion, die bereits nach einer Stunde vom eigentlichen Thema abgeschweift war, erhielt Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini das Wort. Er führte aus, dass das versprochene Gutachten zur AHV bis zum 21. Dezember auf dem Tisch liegen würde. Es würden Massnahmen zur AHV-Finanzierung nötig sein, einige habe sein Ministerium bereits exemplarisch durchrechnen lassen. Auch Pedrazzini verwies darauf, dass dieses Gutachten von den Abgeordneten abgewartet werden müsse.

Ausführungen zur allfälligen Zweckbindung tätigte der Gesellschaftsminister nicht. Mit sieben Ja-Stimmen wurde die Motion schliesslich deutlich verworfen.

Susanne Quaderer